

Bremer Lehrer streiken für kürzere Arbeitszeit

Am 4. Juli fand in Bremen eine Demonstration von 2000 Lehrern durch die Bremer Innenstadt während der Unterrichtszeit statt. Unter der Forderung »40 Stunden müssen her, sonst geben wir keine Ruhe mehr« demonstrierten die Bremer Lehrer, daß sie nicht länger bereit sind, stillschweigend eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 45,7 Stunden hinzunehmen. Sie verlangen eine Gleichstellung mit den übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Diesem zweistündigen Warnstreik war bereits eine Lehrerdemonstration von 4000 Kollegen am 31. 5. 1979 vorausgegangen, die dem Senator für Bildung eine Resolution überbrachten, die einen Stufenplan zur Senkung der Pflichtstundenzahl auf maximal 20 Wochenstunden bis zum Schuljahr 1983/84 enthielt. Ebenso fanden bereits am 30. und 31. Mai 1979 demonstrative Unterrichtsausfälle statt.

Wie ist es dazu gekommen, daß die Bremer Lehrer dazu bereit sind, sich öffentlich mit solch unpopulären Maßnahmen wie Unterrichtsausfall für ihre Interessen einzusetzen?

Steigende Belastung für Lehrer

Mit Beginn der Bildungsreform Anfang der siebziger Jahre hat sich durch die Ausweitung der Lehrinhalte und durch neue Unterrichtsformen in Primarstufe, Orientierungsstufe, Sekundarstufe I und in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe eine heimliche Arbeitszeitverlängerung für Lehrer ergeben. Haben viele Lehrer zu Beginn der Reformpolitik Mehrbelastungen aus pädagogisch- und bildungspolitischem Idealismus heraus bewußt auf sich genommen, um die Schulreform voranzutreiben, so sehen sie heute, daß die Reformen nicht — wie geplant — durchgesetzt werden konnten, ihre Mehrbelastung jedoch erhalten geblieben bzw. noch gestiegen ist. So ging zum Beispiel die Zahl und Dauer der Konferenzen erheblich in die Höhe, die Zusammenballung von Schülermassen in den großen Schulzentren vermindert die Anonymität von Bildungsfabriken, in denen Aggressionen zur erheblichen Verschlechterung des Arbeitsklimas und zu verstärkten Aufsichten führen. Jugendarbeitslosigkeit und Numerus Clausus haben ebenfalls die Arbeits- und Lernatmosphäre in den Schulen verschlechtert — zum einen massiver Leistungsdruck schon in den unteren Klassen, zum anderen Resignation aufgrund fehlender Berufsperspektiven in den Abgangsklassen. Die Schüler sind in den letzten Jahren nicht nur offener und aufgeweckter, sondern auch nervöser, unruhiger und gereizter geworden und fordern dadurch ein verstärktes persönliches Engagement des Lehrers.

Darüber hinaus hat die knappe Personaldecke an den Schulen für mehr Arbeit gesorgt: zusätzlicher Vertretungsunterricht sowie zusätzlicher Bereitschaftsdienst sind in vielen Schulen üblich (nach dem Beamtengesetz alles ohne Sonderzahlungen). Mehrbelastungen spüren auch die Lehrer, die durch die Einführung der Orientierungsstufe zwischen zwei und mehr Schulen pendeln müssen. Die steigende Anzahl von ausländischen Schülern, die zudem meist Sprachanfänger sind, erhöht die Belastung der Kollegen ebenfalls erheblich, denn an kaum einer Schule gibt es für diese Schüler zusätzliche ausreichende Förderstunden, geschweige denn ein Konzept, nach dem sie unterrichtet werden sollen.

Mehrarbeit entstand auch durch die neuen Lehrpläne, die Beratungen und Stellungnahmen dazu, die von der Bildungsbehörde angeordnet wurden. Abgelehnt wurde auch zum Beispiel von einer Schulrätin, einen zweiten Lehrer zur Unterstützung der Aufsicht mit auf Klassenfahrt gehen zu lassen, obwohl auch der Behörde bekannt ist, daß Lehrer sich auf Klassenfahrten 24 Stunden im Dienst befinden. Diese Punkte und die Ungewißheit, ob die Referendare an den Schulen eingestellt oder arbeitslos werden, die unsozialen 12-Stundenverträge und der Einsatz arbeitsloser Lehrer im Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm hatten einerseits bereits an mehreren Schulen in Bremen zu Protestbriefen an den Senator für Bildung geführt; andererseits hat die Mehrbelastung der Kollegen dazu geführt, daß sie ganz **individuell**

diesem Druck weichen: die Kooperationsbereitschaft nimmt ab, die außerschulische »Arbeit« mit Schülern entfällt, vorzeitige Pensionierungen nehmen zu, viele Kollegen verringern ihre Pflichtstundenzahl auf 20 oder noch weniger, um sich ein wenig erholen zu können, und eine ganze Reihe von ihnen läßt sich für eine gewisse Anzahl von Jahren beurlauben.

Der Senat in Bremen hat zwar moderne Schulgebäude bauen lassen, mit denen er sich gerne brüstet, aber bei der Verbesserung der Arbeitsplatzsituation für Lehrer wurde und wird gespart. Die Ausbildung der Schüler geschieht so billig und effektiv wie möglich — zum großen Teil auf dem Rücken der Lehrer. Statt mehr Mittel in die Bildungspolitik zu stecken, werden in Bremen zum Beispiel Staatsgelder den Unternehmen zur Sicherung ihrer Profite zugeschanzt (s. a. spottbilliger Grund und Boden für Daimler-Benz).

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert Arbeitszeitverkürzung

Unter den oben geschilderten Bedingungen forderte der Hauptvorstand der GEW vor zwei Jahren eine Arbeitszeitverkürzung für alle Lehrer, konkret: eine Stunde weniger für alle sofort, über einen Stufenplan kein Lehrer mehr als 25 Stunden in der Woche. In einem Schreiben an die Mitglieder der Kultusministerkonferenzkommission »Arbeitszeit der Lehrer« begründete der GEW-Hauptvorstand diese Forderung mit der Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit und mit der Verbesserung des Unterrichts aufgrund von mehr Zeit für Vorbereitungen. Mit Plakatserien, »Argumentationshilfen« für die Kollegen und ausführlichen Artikeln zum Thema wurde versucht, die GEW-Mitglieder in Bewegung zu setzen. Doch bundesweit nahmen die Lehrer kaum Notiz von den Aktivitäten ihres Gewerkschaftsvorstands. Sie waren erst einmal mit der Abwehr von Mehrarbeit und dem Problem der Lehrerarbeitslosigkeit ganz konkret beschäftigt. Arbeitszeitverkürzung wurde angesichts der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung als nicht erreichbar angesehen. Zudem gab es in Bremen einen Beschluß der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die Arbeitszeit der Lehrer ab 1980 zu reduzieren. Darauf vertaute man, und so blieb die vom GEW-Hauptvorstand erhobene Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zunächst mal abgehoben von der Basis der Gewerkschaftsmitglieder.

Hellhörig wurden die Bremer Lehrer jedoch, als der Landesvorstand der Bremer GEW die Bremer SPD öffentlich anklagte, ihr Versprechen, die Pflichtstundenzahl der Lehrer mit 27 Unterrichtsstunden ab 1980 auf 25 Stunden zu senken, gebrochen zu haben. »Die GEW kann die zur Zeit bestehende Pflichtstundenregelung nicht länger tolerieren. Sie wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die im Bremen-Plan-Entwurf der SPD ausgesprochenen Absichten bekämpfen!« (Bremer Lehrerzeitung 1/1979).

Die Provokation von Seiten des Senators für Bildung

Schlagartig änderte sich dann die Situation, als der Senator für Bildung am 12. 2. 1979 einen Informationsbrief zur Besoldung und Arbeitszeitregelung der neu ausgebildeten Stufenlehrer an jeden Lehrer schickte. Empörung löste besonders der letzte Satz des Briefes aus: »Für Lehrer mit herkömmlicher Ausbildung (...) ergeben sich im Hinblick auf Besoldung, ... und Arbeitszeit keine Änderungen; insbesondere besteht für eine Besoldungsanhebung der Grund-, Haupt- und Realschullehrer z. Z. keine rechtliche Möglichkeit.«

In vielen Pausengesprächen brachten die betroffenen Kollegen ihren Unmut zum Ausdruck: »Ich, der ich 15 Jahre Dienst Erfahrung auf dem Buckel habe, soll mit meinen 27 Stunden und A 12 die neuen Kollegen ausbilden (als Mentor bei den Referendaren), die dann anschließend zwei Stunden weniger unterrichten und eine Gehaltsstufe höher besoldet werden?« »Unser Unterricht kann doch nicht weniger wert sein als der unserer jungen Kollegen, die von der Uni kommen!« »Das ist eine Ungerechtigkeit!« »Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!« Letzteres wurde die Forderung, die sich aus der Empörung herauschälte.

An vielen Schulen setzten sich die Kollegen zusammen, um Protestbriefe an Senator Thape zu schicken. So schrieb das

Kollegium eines Schulzentrums u.a.: *»Die bereits in den sechziger Jahren von den Landesregierungen als berechtigt anerkannte Forderung und nur aus Gründen des Lehrermangels zurückgestellte Forderung nach Arbeitszeitverkürzung darf nicht länger aufgeschoben werden!«* Ein Primarstufenkollegium: *»Wir fordern hiermit den Senator für Bildung auf, sich seiner Fürsorgepflicht für die Kollegen zu erinnern und sich schnellstens dafür einzusetzen, daß in Bremen solche Arbeitsbedingungen für Lehrer geschaffen werden, die eine qualifizierte Unterrichts- und Erziehungsarbeit unter humanen Bedingungen gewährleisten.«* Eine weitere Schule: *»Die Kollegen mit der höchsten Pflichtstundenzahl erhalten das geringste Entgelt. Das demokratische Prinzip 'gleiche Arbeit, gleicher Lohn' wird hierbei aufs grösste mißachtet. Es ist beschämend, daß die Sozialdemokratische Partei es fertigbringt, eine Regelung zu treffen, die sogar alle Versuche der Unternehmerschaft im Laufe der Geschichte in den Schatten stellt.«* Und ein weiteres Schulzentrum: *»Wir fordern, daß die neue Arbeitszeit- und Besoldungsregelung im gleichen Maße auch für GHR-Lehrer mit herkömmlicher Ausbildung gilt. Wir sind bereit, unserem Anliegen den nötigen Nachdruck zu verleihen.«* In den Diskussionen dieser und ähnlicher Protestbriefe tauchten überall folgende Fragen auf: Welche weiteren Maßnahmen können wir als Lehrer ergreifen, um unserer Forderung den nötigen Nachdruck zu verschaffen und — was tut die Gewerkschaft?

Die Gewerkschaftsbasis wird aktiv

An diesem Punkt konnten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute den auch besonders von vielen nichtorganisierten Kollegen getragenen Protest mit der GEW-Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung verbinden. Der GEW-Hauptvorstand hatte inzwischen einen Maßnahmenkatalog in die Diskussion gebracht, mit dessen Durchführung die Kollegen ihrer Forderung Druck verleihen sollten: Die Lehrer sollten sich weigern, Zeugnisse zu schreiben, schriftliche Arbeiten zu korrigieren, Wandertage, Klassenfahrten und Schulveranstaltungen jeglicher Art ausfallen lassen.

Wenn auch in einigen Kollegien Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt wurden, so lehnte doch die Mehrheit der Bremer Lehrer diese Maßnahmen ab, weil in der Vergangenheit bereits bei solchen Maßnahmen kein einheitliches Vorgehen der Lehrer erreicht werden konnte. An vielen Schulen wurde diskutiert, daß man vereinheitlichende, **kollektive** Maßnahmen ergreifen müsse, die nicht in erster Linie Schüler und Eltern als vielmehr den Dienstherren treffen würden. Der Vorschlag, Aktionen durchzuführen, die Unterrichtsausfall bedeuteten, fand wachsende Zustimmung. Innergewerkschaftlich bildeten sich Mehrheiten für die Einberufung einer bezirksübergreifenden Delegiertenversammlung der Bremer GEW, um festzustellen, wie die einzelnen Bezirke diskutierten und wie man sie zusammenfassen könnte. Im Anschluß daran sollte dann eine Landesvertreterversammlung stattfinden, die einen Beschluß verkünden sollte. Ebenso wurde die Einberufung einer Personalversammlung verlangt, um die Stimmung aller Kollegen in den bremischen Schulen zu diesem Thema zu erfahren und ihre Aktivitäten in ein gemeinsames, gezieltes Handeln münden zu lassen.

Bei vielen Kollegen setzte sich die Einsicht durch, daß den Eltern die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung der Lehrer verständlich gemacht werden muß, weil das Vorurteil vom Lehrerberuf als Halbtagsjob weit verbreitet ist und es der Regierung von daher leicht fällt, die Lehrer als »Privilegierte« zu isolieren. So wurden an verschiedenen Plätzen Stellwände errichtet und Informationsmaterial der Gewerkschaft verteilt. Dabei wurden viele Gespräche genutzt, um auch auf den Vorteil, den Schüler durch die Arbeitszeitverkürzung der Lehrer haben, hinzuweisen. Viele Schulen gaben Informationsmaterial an die Eltern weiter, einige Kollegien verfaßten eigene Elterninformationen.

Viele gewerkschaftliche Vertrauensleute hatten sich mit einem Widerspruch in der Bewegung auseinanderzusetzen: Die Grund-, Haupt- und Realschullehrer fühlten sich durch den »Thape-Brief« diskriminiert und waren unter der Forderung nach Gleichbehandlung (gleicher Lohn und gleiche Arbeitszeit) in Bewegung geraten. Die Gymnasiallehrer fühlten sich teilweise überhaupt nicht betroffen. So versuchten Vertrauensleute in vielen Gesprächen, die

Klammer zwischen den GHR-Lehrern und den gewerkschaftlich organisierten Studienräten herzustellen und einen gemeinsamen Nenner zu finden: *»1 Stunde weniger für alle, keiner über 25 Stunden,«* was auch die Forderung des Bundesvorstands war.

Die bezirksübergreifende Delegiertenversammlung der Bremer GEW

Zwei Tage vor der Versammlung am 16. 5. 1979 gab der Hauptvorstand der GEW den Landesvorständen freie Hand für zweiwöchige Warnstreiks. Das Ergebnis der Versammlung waren zwei wichtige Punkte: zum einen wurde eine Resolution beschlossen, die der Personalversammlung zur Zustimmung vorgelegt werden und dann auf einer Demonstration im Anschluß an die Personalversammlung dem Senator für Bildung übergeben werden sollte. Zum anderen wurde ein Antrag an die Personalversammlung diskutiert, der eine von den Lehrerverbänden zu organisierende Demonstration während der Unterrichtszeit forderte. Außerdem wurde der Landesvorstand aufgefordert, zu Kollegiumsversammlungen während der Unterrichtszeit am Tag vor der Personalversammlung und zu demonstrativem Unterrichtsausfall vor der Personalversammlung selbst aufzurufen. Der GEW-Landesvorsitzende Stelljes wehrte diese Forderung mit der Begründung ab, er wisse ja nicht, ob die Lehrer diesem Aufruf folgen würden; außerdem dürfe man sein Pulver nicht gleich zu Beginn des Kampfes verschießen. Die versammelten Delegierten waren nicht in der Lage, gegen Hans Stelljes' Meinung eine Mehrheit zustande zu bekommen und mußten sich mit einer vagen Unterstützung dieser Maßnahmen seitens der GEW und nötigenfalls Rechtsschutzgewährung zufrieden geben.

Die Personalversammlung aller Lehrer an bremischen Schulen am 31. 5. 1979

Am Tag vor der Personalversammlung fanden in zwei Kollegien Versammlungen während der letzten beiden Unterrichtsstunden statt. Vor der Personalversammlung selbst beendeten zahlreiche Kollegen ihren Unterricht eine Stunde eher. Die PV dann war sehr stark besucht. Ca. 4000 Lehrer drängten sich in den überfüllten Räumen der Bremer »Glocke«. Die vorbereitete Resolution wurde angenommen, ebenso der Antrag, noch vor der Ministerpräsidentenkonferenz zur Arbeitszeit der Lehrer eine Demonstration während der Unterrichtszeit durchzuführen. Beide Anträge erhielten eine überwältigende Mehrheit. An der sich anschließenden Demonstration durch die Bremer Innenstadt zum Haus des Senators für Bildung, wo die Resolution überreicht wurde, nahmen mehr als 4000 Lehrer teil.

Reaktionen auf die Demonstration nach der Personalversammlung bei der SPD

Die Bremer Sozialdemokratie reagierte empfindlich auf das energische Auftreten der Lehrer. Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) nahm auf einer Landeskongress dazu Stellung. In einem Beschluß werden den Lehrern 25 Wochenstunden für den Unterricht und 15 Wochenstunden für Vor- und Nachbereitung zugebilligt. Allerdings soll die 40-Stundenwoche ausschließlich am Arbeitsplatz, also in der Schule, abgeleistet werden. Auch in der Frage des jährlichen Erholungsurlaubs schlägt die AFA eine Gleichstellung mit den übrigen Arbeitnehmern vor. Die über den tariflichen Urlaub im öffentlichen Dienst hinausgehenden Schulferien ... seien als Arbeitszeit am Arbeitsplatz zu verbringen (s. a. »Weser Kurier«, 1. 6. 1979). So wird wider besseren Wissens am Märchen vom Halbtagsjob der Lehrer angeknüpft, um die Lehrer in der Öffentlichkeit zu isolieren und den sozialdemokratischen Senat gegen Kritik zu schützen. Die AFA in der SPD schreibt demnach auf ihre Fahnen: Der Staat muß bei den Personalkosten im Sozialbereich sparen, damit die Unternehmergewinne gesichert werden können! So braucht man sich nicht mit der steigenden Mehrbelastung der Lehrer auseinanderzusetzen. Man kann getrost in der öffentlichen Agitation in Sachen Lehrerarbeitszeit Elternabende, Elterngespräche, Klassenfahrten und -feste, Konferenzen und Beschaffen von aktuellem Unterrichtsmaterial vergessen und auch die Kosten für Lehrerbüros in den Schulen verschweigen — Hauptsache, es geht um die Unterstützung der Politik der sozialdemokratischen Regierung!



Der Demonstrationzug der Bremer Lehrer von der »Glocke« zum Rembertiring am 31.5.1979.



Die Kundgebung der Bremer Lehrer vor dem Dienstgebäude des Senators für Bildung am 31.5.1979.

Die Spitze der SPD-Bürgerschaftsfraktion trat den Lehrerforderungen mit den Bremer Leistungen im Bildungswesen und mit einem Vergleich zur Lehrerarbeitszeit in anderen Bundesländern entgegen. Der Bürgerschaftsabgeordnete Wedemeier versuchte die Lehrer über Lohnvergleiche mit Handwerkern zu diskreditieren.

Die Forderung der Bremer Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung und die AfA-Stellungnahme dazu wurden in der Zwischenzeit in der örtlichen Presse heftig diskutiert. Fast täglich gab es Leserbriefe zu diesen Fragen. Das Interesse der Öffentlichkeit nahm sprunghaft zu.

Die Landesvertreterversammlung der Bremer GEW am 13. 6. 1979

Zentraler Punkt der Auseinandersetzung auf der LVV war der Antrag, entsprechend dem Beschluß der Personalversammlung vom 31. 5. vor der Konferenz der Ministerpräsidenten eine Demonstration während der Unterrichtszeit durchzuführen. Der Landesvorsitzende Stelljes brachte seine Bedenken, die er auch schon auf der bezirksübergreifenden Delegiertenversammlung geäußert hatte, wieder vor und versuchte, von Kampfmaßnahmen wegzukommen, indem er von »Strohfeuer« und nicht genügendem Druck in der Lehrerschaft sprach. Hans Stelljes und die Funktionäre um ihn herum, die lange Jahre die Verhandlungen um die Schulreform mitgetragen haben und immer wieder auf ihre Teilerfolge verweisen, wollen in den abgenutzten Gleisen weiterfahren. Sie können der veränderten ökonomischen Situation, in der für Verhandlungen praktisch kein Spielraum mehr ist, nicht Rechnung tragen. Sie sind mit der SPD und ihrer parlamentarischen Tätigkeit verbunden und wollen nicht gegen sie arbeiten.

Andere Schlußfolgerungen als H. Stelljes zogen sozialdemokratische Lehrer auf der LVV, die nicht über Funktionen an die SPD gebunden sind. Ihnen sprach ein Landesvertreter aus der Seele, der seine tiefe Enttäuschung über die AfA-Stellungnahme zum Ausdruck brachte und meinte, die Lehrer sollten nicht auf die Solidarität und Hilfe anderer warten, die sie doch nicht bekommen würden, sondern selber handeln.

So kam über den Block der Linken und den Teil der empörten Sozialdemokraten eine Mehrheit für eine Demonstration während der Unterrichtszeit zustande, die allerdings an die schriftliche Zustimmung von 1000 Bremer GEW-Lehrern gebunden war. Mit diesem Beschluß wurde ebenfalls eine Arbeitskampleitung gebildet, die die nun anstehende Arbeit leiten und koordinieren sollte.

Die Entwicklung bei den Kollegen

Das Echo der Kollegen auf die in den Schulen erscheinenden Unterschriftenlisten war gespalten. Während die kampfbereiten Lehrer sofort und ohne Diskussion unterschrieben, auch wenn die Listen offen im Lehrerzimmer aushingen, so daß bereits nach 2 Tagen über 500 Unterschriften zusammengekommen waren, meldeten die anderen Bedenken an. Hatten sie noch auf der Personalversammlung fast einstimmig für diesen Warnstreik gestimmt, brachte das Näherkommen dieser Maßnahme Ängste und Unsicherheit.

Die Arbeitsniederlegungen an einigen Schulen vor der PV waren spontaner Ausdruck ihrer Unzufriedenheit und der konkreten Situation gewesen, jetzt nahm die Auseinandersetzung einen wesentlich schärferen Charakter an — organisiert nicht mehr aus den Kollegien selbst, sondern zentral von der Gewerkschaft, konnte die Entscheidung für jeden einzelnen Kollegen nicht mehr aus der unmittelbaren Situation erfolgen, sondern mußte langfristig, im Bewußtsein aller Gefährdungen, gefällt werden.

Die ersten Auseinandersetzungen hatten lediglich Belehrungen durch die Behörde zur Folge gehabt, jetzt war klar, daß die Disziplinierung schärfer sein würde, zumal auch die Einschüchterungskampagne der Behörde an Schärfe zunahm. Bei Gesprächen mit unentschiedenen Kollegen fand man zwar immer wieder Zustimmung, aber die Angst, sich an einem Warnstreik zu beteiligen, war stärker. Oft wurden auch Argumente vorgeschoben wie: der Streik sei im Prinzip richtig, fände aber zum falschen Zeitpunkt statt, da noch nicht alle Verhandlungswege beschritten seien. Oder: die Forderungen seien falsch, für kleinere Klassen würde man sofort kämpfen.

Die große Unsicherheit zeigte sich auch in der Weigerung einiger Kollegien, sowie eines ganzen Bezirkes, die Unterschriftenlisten an die Gewerkschaftsführung zu übergeben. Sie waren bereit, die Listen einsehen und die Unterschriften zählen zu lassen, aber das Mißtrauen gegenüber der Führung, die Listen an die Behörde weiterzureichen, auch wenn nicht gestreikt werden würde, war groß. Diese Weigerung nahm der Landesvorstand zum Anlaß, die ganze Aktion in Frage zu stellen. Am 28. 6. fand die entscheidende LV-Sitzung statt. Etwa 30 Kollegen stellten die Öffentlichkeit her, nachdem ein Antrag des Vertreters der Pensionäre — sie sind in der GEW in allen Fragen abstimmungs- und wahlberechtigt — auf Ausschluß der Öffentlichkeit abgelehnt worden war.

Bis zu diesem Zeitpunkt fand die Auszählung der Listen statt. Das Ergebnis: ca. 1200 Kollegen hatten unterschrieben (ohne Bremerhaven), womit das Querum der LVV erfüllt war.

2 sozialdemokratische LV-Mitglieder sahen sich deshalb nicht in der Lage, sich über diesen Beschluß hinwegzusetzen, obwohl sie auf der LVV gegen diese Aktion gesprochen hatten, und kündigten Stimmenthaltung an, was zu heftigen Reaktionen anderer Sozialdemokraten führte, insbesondere durch H. Stelljes, dem Vorsitzenden des Landesvorstands. Er hatte auf der LVV noch die Unterschriftenliste unterzeichnet und sich damit für eine solche Aktion ausgesprochen. Jetzt lehnte er die Aktion ab und berief sich auf den Beschluß des Hauptvorstands, nach dem die Entscheidung über einen zwei-stündigen Warnstreik ohne Urabstimmung und ohne Zustimmung durch den Hauptvorstand beim LV lag, und nicht bei der LVV, der höchsten Instanz des Landesverbandes.

Hatte Stelljes auf der LVV auch dem Querum von 1000 Unterschriften zugestimmt, forderte er nun 2000, zum Schluß 3000. Seine Zustimmung auf der LVV versuchte er zu umgehen durch den Hinweis, er habe einen falschen Eindruck über die Kampfbereitschaft der Kollegen erhalten und habe sich zur Unterschrift durch »eine hübsche Kollegin« verleiten lassen.

Als andere gewichtige Argumente brachte Stelljes, daß sich der ZEB gegen die Aktion der GEW stellen werde, und auch der Vorsitzende des DGB in Bremen E. Schmidt, gleichzeitig SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, habe sich bereits gegen den Warnstreik ausgesprochen. Der Beschluß fiel schließlich mit 8 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen, worauf Stelljes die Leitung der Aktion ablehnte und seinen Rücktritt anbot. Der Aufruf zur Demonstration während der Unterrichtszeit wurde dann zwar einstimmig angenommen, jedoch nur von den Bezirksvorsitzenden unterzeichnet, nicht von Stelljes.

Während die Vorsitzenden der anderen Landesverbände der GEW Solidaritätsadressen schickten und auch der Bundesvorsitzende Frister die Bremer Lehrer in einem Telegramm unterstützte, versuchten die rechten Sozialdemokraten in der Bremer GEW den Kampf zu sabotieren. Der Pressesprecher Post schrieb negative Kommentare, der Vorsitzende des Bezirks Bremen Ost Klaus Schomacker, der auf der LV-Sitzung noch für den Streik gestimmt hatte, trat 2 Tage vor der Demonstration zurück, weil der Konflikt zwischen Schulleiterposten einerseits und Gewerkschaftsfunktion andererseits zu stark geworden war. Der Anblick der gespaltenen Führung verunsicherte viele Kollegen und hielt einige davon ab, der GEW beizutreten und führte andere dazu, sich krank zu melden, oder gar ihre Unterschrift zurückzuziehen.

Trotz dieser Spaltungsversuche fanden überall Pausenversammlungen statt, wurden Wandzeitungen produziert, in einigen Bezirken Autokorsl organisiert, mit denen die größeren Schulen die kleineren abholten. Obwohl die Behörde den Kollegen verbot, ihre Stunden zu verlegen oder sich beurlauben zu lassen, obwohl sie über ihre Schulleiter die wegen der Aufsichtspflicht notwendigen Abmeldungen nicht zur Kenntnis nehmen ließ, nahmen am 4. 7. 1979 2400 Personen an der Demonstration teil. Zwar waren eine Reihe von Schülern mitgekommen, um ihre Lehrer zu unterstützen, und hatten sich die Referendare, die sich an dem Querum nicht hatten beteiligen dürfen, auf einer eigens dazu einberufenen Personalversammlung dem Demonstrationszug angeschlossen, dennoch war die Zahl der Lehrer auf der Demonstration größer als die Zahl der Unterschriften, so daß selbst Stelljes, der nicht an der Demonstration teilgenommen hatte, auf der LV-Sitzung am selben Nachmittag den großen Erfolg anerkennen mußte. 300—400 Lehrer hatten effektiv gestreikt und 2 Unterrichtsstunden ausfallen lassen.

Den stärksten Eindruck und Beifall auf der Kundgebung in der Neustadt hinterließen die Solidaritätsadressen der Vertrauensleute von VFW und Klöckner, deren VKL-Vorsitzender auf der Kundgebung sprach.

Der Kampf der Bremer Lehrer blieb isoliert im Bundesgebiet. Nirgendwo sonst im Bundesgebiet kamen die Lehrer selbst in Bewegung. In Kenntnis der allgemeinen Ruhe in der Lehrerschaft konnte der Bundesvorsitzende Erich Frister den Landesvorständen grünes Licht für zweistündige Warnstreiks geben. So wurde linken Delegierten- und Vertreterversammlungen, die den Hauptvorstand kritisierten, der Wind aus den Segeln genommen. Daß in Bremen die Lehrerschaft durch die Provokation des Senators eine bisher nicht dagewesene Kampfstärke erreichte, lag sicher nicht mit in der Planung. Wie sehr die sozialdemokratische Bremer GEW-Spitze durch das selbstbewußte und energische Auftreten der Bremer Lehrer durcheinander gebracht worden ist, zeigen der Rücktritt eines Bezirksvorsitzenden und das Zurückziehen des Landesvorsitzenden Stelljes während des Arbeitskampfes. Die sozialdemokratische Führung, die noch vor kurzer Zeit linke GEW-Mitglieder wegen Satzungsverstoß ausschloß, demonstrierte, was ihr bindende Beschlüsse bedeuten, wenn sie nicht genehm sind.

Stelljes war in seinen Verhandlungen mit dem Senat gescheitert. Er wußte, daß auf dem Verhandlungswege nichts mehr zu holen war. Sein Versuch, die Auseinandersetzung auf kleiner Flamme zu kochen, die Lehrer mit einem Geplänkel hinzuhalten und einer innergewerkschaftlichen Diskussion um die Schlußfolgerungen aus dem Wege zu gehen, sind gescheitert. Die Bremer Lehrer haben sich in ihrer Gewerkschaft durchgesetzt. Um gewerkschaftliche Demokratie brauchte nicht formal gerungen werden, sie wurde von den aktiven Mitgliedern praktiziert. Da das Ziel der Arbeitszeitverkürzung von den Lehrern nicht durchgesetzt werden konnte, wird die Diskussion um weitere Maßnahmen fortgesetzt werden.

Die Bedeutung des ersten Lehrerstreiks in Bremen

Dieser Streik richtete sich nicht gegen Schüler oder Eltern, die an einer vernünftigen Ausbildung interessiert sind und nicht begreifen können, warum trotz Lehrerarbeitslosigkeit tagtäglich an fast allen Bremer Schulen Unterricht ausfallen muß. Der Unterrichtsausfall durch den zweistündigen Warnstreik vom 4. 7. 1979 steht dazu in keinem Verhältnis.

Dieser Streik richtete sich gegen einen Staat, dem es darum geht, den Ausbildungsbereich möglichst billig und effektiv ohne Rücksicht auf alle Betroffenen zu gestalten.

In der Vergangenheit haben Beamte dem Staat stets treu gedient, oft genug gegen die Interessen anderer Arbeiter. Dafür sind sie vom Staat mit einem sicheren Arbeitsplatz belohnt worden. Dieses ist ein wesentlicher Grund dafür, warum Arbeiter und Angestellte nicht gut auf Beamte zu sprechen sind. Zu oft haben sie erleben müssen, wie sich Beamte gegen die Arbeiterklasse haben mißbrauchen lassen.

Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus in der BRD mit dem damit verbundenen Umbruch in der Gesellschaft schlägt in Form von »sozialen und psychischen Schäden, Orientierungslosigkeit und Wertverlust bei Kindern und Jugendlichen« (»Frankfurter Rundschau« 11. 7. 79 S. 2) gerade in der Schule voll durch, wo die Lehrer — allein gelassen — mit diesem gesellschaftlichen Problem fertig werden sollen. An dieser »Aufgabe« müssen sie scheitern. Diese Erfahrung spiegelt sich in der allgemeinen Unzufriedenheit in den Schulen. Doch womit sollen die Lehrer anfangen, einmal die eigenen Interessen durchzusetzen?

Nachdem die Illusion, über Bitten und Verhandlungen wenigstens zu einer Angleichung der Arbeitszeit zu kommen, verfliegen ist, griffen die Bremer Lehrer — und damit Teile der Beamtenschaft — zu einem Arbeitskampfmittel, bei dem sie Folgen zu befürchten haben wie andere Arbeiter in vergleichbaren Situationen auch. 450 Lehrern wird das Gehalt gekürzt, sie erhalten eine Mißbilligung und einen Eintrag in der Personalakte. Damit werden sie gezwungen, die Sicherheit ihrer Beamtenposition aufzugeben. Dieses ist für Lehrer neu und ungewohnt. Ebenso ist es für die Öffentlichkeit neu, wenn Lehrer streiken. Gerade deshalb ist es notwendig, den Stellenwert dieses Streiks für das politische Geschehen zu erkennen. Wenn ein Teil der Beamtenschaft beginnt, dem Staat seine Gefolgschaft zu verweigern und zum Streik greift, heißt das doch nichts anderes, als daß der Staat sich nicht mehr sicher auf seinen »verlängerten Arm« stützen kann.

In einer Zeit, wo die Unternehmerverbände die IG Metall bis in die Mitte der 80er Jahre auf die 40-Stunden-Woche festgelegt haben und damit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit erst einmal verbaut ist, paßt daher diese Bewegung bei den Lehrern erst recht nicht in die Landschaft der offiziellen Politik. Die Unternehmer fordern den sparsamen Staat zur steuerlichen Entlastung der Profite. Dem steht natürlich die Forderung der Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung und damit der Schaffung von Planstellen im Weg. Andererseits würde ein Erfolg der Lehrer die innere Struktur des öffentlichen Dienstes durcheinanderbringen. Das Nachziehen anderer Gruppen wäre die Folge.

Genauso sieht der Staat das Verhalten der Lehrer auch und versucht mit scharfen Mitteln, die Kollegen einzuschüchtern und sie von solchen Maßnahmen abzuhalten. Ebenso wird versucht, die Lehrer in der Öffentlichkeit zu diffamieren und von der übrigen Arbeiterschaft zu trennen. Daß aber gerade ein solcher Schritt wie ein Warnstreik die Lehrer den Graben zwischen Beamtentum und Arbeiterschaft überwinden läßt, eben weil die Lehrer sich damit gegen ihren Arbeitgeber stellen und sich so auf einer Stufe mit den anderen Arbeitern bewegen, muß in Gesprächen mit Kollegen in den Betrieben klargestellt werden. Die Stellungnahme des DGB Kreisvorsitzenden E. Schmidt tut gerade das Gegenteil.

Viele Lehrer haben mit den streikenden Kollegen vom »Weserkurier« und den Stahlarbeitern auf der Klöckner Hütte Bremen Solidarität geübt. Dieser Warnstreik war ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Verbindung mit den Werktätigen. Dies ist von den Vertrauensleuten der KHB und VFW erkannt und aufgegriffen worden. Diese hoffnungsvollen Ansätze wurden in der öffentlichen Berichterstattung tunlichst verschwiegen.

Der Widerstand der Lehrer gegen den Unternehmer Staat reiht sich ein in den allgemeinen Widerstand bei Arbeitern gegen die Auswirkungen der Krisenentwicklung auf die arbeitende Bevölkerung.